

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE**Sprachbildung und -förderung in Kindertagesstätten und Schulen weiterentwickeln!**

Sprache ist der Schlüssel zu fast allen Lebensbereichen. Sie ermöglicht Kindern die Aneignung von Wissen, Erkenntnissen und Einsichten, sowie Teilhabe am sozialen Miteinander. Sprache unterstützt die Entwicklung von Kindern zu bewussten Erwachsenen. Sie hilft, sich im Alltag von heute und der Welt von morgen zurechtzufinden und aktiv an ihrer Gestaltung partizipieren zu können.

Die Grundlagen für die Aneignung von Sprache werden zunächst im besonderen Maße im Elternhaus gelegt. Die Voraussetzungen, mit denen Kinder in die Kindertagesstätten und Schulen kommen, sind daher sehr unterschiedlich. Aufgabe der Kindertagesstätten und Schulen ist es somit, die Sprachkompetenz jedes einzelnen Kindes mit verschiedenen und individuellen Angeboten gezielt zu verbessern, um sprachliche Chancengerechtigkeit zu ermöglichen. Erzieherinnen/Erzieher, Lehrkräfte und Sprachförderkräfte leisten tagtäglich in den Kindertagesstätten und Grundschulen Bremens einen enormen Beitrag zur Herstellung von Chancengerechtigkeit in der frühkindlichen und schulischen Bildung. Die alltagsintegrierte Sprachförderung in den Kindertagesstätten und Grundschulen ist hierbei ein wichtiger Bestandteil. Sprachstandsfeststellungen, an denen alle Kinder ein Jahr vor der Einschulung teilnehmen (zum Beispiel der Cito-Sprachtest), sind ein weiteres Instrument, mit dem frühzeitig erkannt werden kann, in welchem Bereich Kinder vor dem Schuleintritt noch Unterstützung benötigen. Politisches Ziel ist es nun, vorschulische und schulische Sprachbildung und -förderung in eine Gesamtbetrachtung zu nehmen, bestehende Lücken zu schließen und die Übergänge zwischen Kindertagesstätte, Grundschule und weiterführender Schule weiter zu verbessern.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, bis sechs Monate nach Beschlussfassung ein Konzept vorzulegen, in welchem dargelegt wird, wie die vorschulische und schulische Sprachbildung und -förderung zeitnah so neu ausgerichtet werden kann, dass alle Kinder mit entsprechendem Bedarf gezielt gefördert und damit soziale Ungleichheiten verringert werden können. Insbesondere ist hierbei darzustellen:

1. wie auf der einen Seite die bisherigen positiven Erfahrungen aus Bremer und Bremerhavener Kindertagesstätten und Schulen einbezogen und weiterentwickelt und auf der anderen Seite die neuesten nationalen und internationalen wissenschaftlichen Erkenntnisse berücksichtigt werden können. Im Konzept sind auch Lücken im Wissensstand zur Sprachförderung zu identifizieren und entsprechend die im „Bremer Konsens zur Schulentwicklung 2018 bis 2028“ verabredete zusätzliche wissenschaftliche Expertise zu projektieren. Erkenntnisse aus dieser zusätzlichen Expertise sind laufend in die Prozesse der Sprachförderung einzupflegen.
2. wie sichergestellt werden kann, dass das gesamte pädagogische Personal entsprechend dieser Erkenntnisse aus- und fortgebildet werden.

3. in welcher Form und zu welchem Zeitpunkt weiterhin eine möglichst verbindliche und frühzeitige Sprachstandsfeststellung bei jedem Kind vorgenommen werden kann. Dabei sind die mit dem Cito-Sprachtest gemachten Erfahrungen auszuwerten und mögliche Alternativen und Erfahrungen mit einer erweiterten Diagnostik, zum Beispiel auch ein Testen des aktiven Wortschatzes, aus den anderen Bundesländern zu überprüfen. Die Sprachstandsfeststellung sollte einen ganzheitlichen, ressourcenorientierten Ansatz verfolgen indem zum Beispiel muttersprachliche Kenntnisse berücksichtigt werden.
4. wie es zu einer verbindlicheren Zusammenarbeit zwischen den Kindertagesstätten mit den Grundschulen, sowie den Grundschulen mit den Schulen der Sekundarstufe I im Bereich der Sprachbildung und -förderung kommen kann. Ziel soll es hierbei sein, Verbünde für ein durchgängiges Konzept für die Sprachbildung und -förderung zwischen den Kindertagesstätten und Schulen in Bremen und Bremerhaven einzuführen beziehungsweise weiterzuentwickeln. Hierbei ist zu benennen, welche zusätzlichen personellen und finanziellen Ressourcen den beteiligten Kindertagesstätten und Schulen für diese Kooperationen zur Verfügung gestellt werden müssen.
5. in welcher Form auch interkulturelle Kompetenzen und Mehrsprachigkeit der pädagogischen Fachkräfte in den Kindertageseinrichtungen, Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler zu berücksichtigen sind und die hierin liegenden Chancen sinnvoll eingebunden werden können.
6. in welchem Zeitrahmen die unter 1. bis 5. benannten Punkte umgesetzt werden können (Zeit-Maßnahmen-Plan) und mit welchen zusätzlichen notwendigen Ressourcen etwa für die Kooperationen und die Weiterbildung von Fachkräften zu rechnen ist.

Dr. Solveig Eschen, Christopher Hupe, Björn Fecker
und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Petra Krümpfer, Mustafa Güngör und Fraktion der
SPD

Miriam Strunge, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen
und Fraktion DIE LINKE